



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Pflegende Angehörige nicht zusätzlich belasten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass

- die Pläne der Bundesregierung, eine Absenkung der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige, ausgerechnet die Menschen treffen, die einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung leisten,
- zugleich dadurch die Gefahr von Altersarmut, insbesondere bei Frauen, steigt,
- pflegende Angehörige einen Großteil der Pflege in unserem Land stemmen und gerade bei ihnen kürzen zu wollen ein völlig falsches Signal setzt,
- vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der absehbaren Zunahme der Zahl pflegebedürftiger Menschen pflegenden Angehörigen eine Schlüsselrolle zukommt,

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene

- für echte Strukturreformen einzusetzen statt einer reinen Sparlogik auf Kosten derjenigen, die ohnehin bereits stark belastet sind,
- im Rahmen der Reformvorhaben bei der Pflegeversicherung dafür einzusetzen, dass versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln finanziert werden.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, sich in Bayern für folgende Punkte einzusetzen:

- einen am Bedarf orientierten Ausbau von Entlastungsangeboten der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätze und diesen Ausbau mit den nötigen finanziellen Mitteln zu unterstützen,
- die Quartiersentwicklung konsequent voranzutreiben,
- die zentrale digitale Informations- und Beratungsplattform weiterentwickeln – für eine bessere Orientierung und Unterstützung im Hilfesystem.

Begründung:

Pflegende Angehörige arbeiten 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche und das Woche für Woche und Monat für Monat. Dies führt auf die Dauer zu einer enormen Belastung. Pflegende Angehörige brauchen nicht nur mehr und gute professionelle Unterstützung bei der Pflege, sondern sie brauchen auch Auszeiten, um ihre eigene Gesundheit zu schützen und selbst wieder zu Kräften zu kommen.

Es ist ein völlig falsches Signal, bei denjenigen zu sparen, die das Pflegesystem jeden Tag am Laufen halten. In einer alternden Gesellschaft werden absehbar mehr Menschen auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sein. Bereits heute werden über 80 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Seit Jahren prognostizieren Untersuchungen eine wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen sowie einen steigenden Bedarf an pflegerischer Versorgung. Anstatt bestehende soziale Sicherungsleistungen einzuschränken, ist es angesichts des steigenden Versorgungsbedarfs erforderlich, die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige nachhaltig zu verbessern, indem Strukturen geschaffen werden, die zu einer Entlastung aller Beteiligten beitragen. Die soziale Pflegeversicherung zukunftsfest weiterzuentwickeln, steht außer Frage. Reformen dürfen aber nicht einseitig zulasten bestimmter Gruppen gehen.